

Parlament sieht keine Sparmöglichkeiten

WORB Es war dicke Post, über die das Parlament gestern Abend beriet: Der Gemeinderat hat in einem 40-seitigen Dossier detailliert aufgelistet, wo er Sparmassnahmen sieht. Der Bericht geht auf einen Vorstoss der FDP zurück, der vom Gemeinderat die Erarbeitung von Sparvorschlägen in den Budgetposten Personal, Sachaufwand und «eigene Beiträge» verlangt. In seinem Bericht kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass die Sparmöglichkeiten ausgereizt sind. Würden beispielsweise 1,5 Millionen Franken oder nur die Hälfte davon gespart, so hätte dies laut Gemeinderat «gravierende Konsequenzen». Einige Dienstleistungen müssten über die Klinge springen: So müssten das Schwimmbad oder die Bibliothek geschlossen oder es müsste auf die Weiterbildung des Personals verzichtet werden. «Breite Teile der Bevölkerung würden diesen Aufgabenverzicht nicht verstehen», sagte der für die Finanzen verantwortliche Gemeinderat Jonathan Gimmel (sp). Der Worber Gemeinderat will deshalb an seiner bisherigen Finanzpolitik festhalten.

«Drohung» der FDP

Am detaillierten Bericht hatte die FDP wohl Freude, an den Schlussfolgerungen des Gemeinderats aber weniger. «Der Gemeinderat hat keine einzige echte Sparvariante erarbeitet», monierte der FDP-Parlamentarier Guy Lanfranconi. Seine Partei bedaure, dass der Gemeinderat sich darauf beschränkt habe, etwas an der Oberfläche zu kratzen. Für die FDP fehle in der vorliegenden Analyse Kreativität und unternehmerische

Denkweise. «Die FDP will verhindern, dass sich der Gemeinderat auf den gewonnenen Lorbeeren ausruht, und teilt die Schlussfolgerung nicht, dass Worb in keinerlei Hinsicht Einsparungen nötig hat», sagte Lanfranconi. Einsparungen könnten erzielt werden, indem gewisse Bereiche ausgelagert würden. Beispielsweise habe Münchenbuchsee vor rund fünf Jahren den gesamten Werkhof ausgelagert, was der Gemeinde jährliche Einsparungen von rund einer Viertelmillion Franken einbringe. Falls sich Parlament und Gemeinderat keine Gedanken über eine Steigerung der Effizienz machen wollten, werde die FDP ihre finanzpolitischen Forderungen über den Initiativ- und Referendumsweg zu realisieren versuchen.

Parlament verabschiedet Bericht

Diese Ankündigung kam bei den anderen Parteien nicht an. Die SP etwa deutete sie als «Drohung». Der Bericht widerlege gewisse finanzpolitische Stammtischbehauptungen, sagte Hans Ulrich Joss, etwa jene des angeblich aufgeblasenen Verwaltungsapparats. Der Gemeinderat gehe sehr sorgfältig mit Steuergeldern um. Diese Meinung vertraten auch GFL und EVP. Die SVP sah auch keine Sparvariante.

Das Parlament war, wie der Gemeinderat, der Meinung, dass der finanzielle Spielraum der Gemeinde sehr beschränkt ist und Einsparungen nur über Dienstleistungsabbau möglich sind. Es stimmte dem Bericht mit 36 gegen 1 Stimme zu. Die FDP kündigte eine Motion an: Der Gemeinderat soll Auslagerungen prüfen. (car)